

Für ein faires Steuersystem in der Europäischen Union

Immer wieder hören wir von internationalen Unternehmen, die kaum oder keine Steuern zahlen, obwohl es ihnen wirtschaftlich blendend geht. Nicht erst seit den LuxLeaks und den Panama Papers ist offensichtlich, dass es großen Konzernen und generell Gesellschaften und Privatpersonen mit einem großen Vermögen viel zu leichtgemacht wird, sich – auch legal – Steuerzahlungen "zu sparen". 28 nationale Steuersysteme in der EU und noch mehr weltweit, die alle über unterschiedliche Regelungen für die Unternehmensbesteuerung verfügen, ermöglichen es multinationalen Unternehmen, bis zu 50% der Körperschaftssteuern pro Beschäftigter*in zu sparen, im Vergleich zu ähnlich strukturierten Unternehmen mit einer Muttergesellschaft im Inland. Dies wird dann zynisch "Steuerplanung" genannt und kann häufig zwar nachgewiesen, aber nicht bestraft werden. Durch diese Praktiken entgehen der EU jährlich schätzungsweise 70 Mrd. Euro.

Legal aber nicht legitim

Aggressive Steuerplanung oder Steuervermeidung ist ein internationales Problem, da sie immer darauf beruht, dass unterschiedliche Staaten unterschiedlich hohe nominelle Steuersätze haben und unterschiedliche (Sonder-)Regelungen für die Bemessung der Steuergrundlage, die Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen, Lizenzgebühren und vieles anderes anwenden. Die Auswirkungen sind dementsprechend in jedem Staat zu spüren, besonders aber in denen, die vergleichsweise hohe Körperschaftssteuersätze erheben. Multinationale Unternehmen leisten nicht mehr ihren Beitrag, die Infrastruktur und den Staat zu finanzieren, was zu einer immer ungerechteren Aufteilung der Steuerlast zwischen multinationalen Unternehmen auf der einen und Steuerzahler*innen sowie nationalen Unternehmen auf der anderen Seite führt. Es folgt ein internationaler, aggressiver Steuerwettbewerb um möglichst niedrige Körperschaftssteuersätze und die raffiniertesten Steuerkonstrukte, um multinationale Unternehmen anzulocken. Nicht selten endet dieser Wettbewerb vor dem EuGH, weil Staaten mit ihren Steuerkonstrukten gegen das Diskriminierungsverbot in der EU verstoßen. So stellen wir uns keine faire Steuerpolitik vor. Deshalb fordern wir ein Umdenken in der EU, weg von einem schädlichen Steuerwettbewerb, hin zu einer Harmonisierung der Steuersysteme in der EU und mehr Transparenz bei der Unternehmensbesteuerung.

Zusammenarbeit statt Konkurrenzdenken - Steuervermeidung gemeinsam bekämpfen

Aufgrund der großen Raffinesse und Finanzmacht, mit der internationale Unternehmen vorgehen, wenn sie Steuern vermeiden, ist es essenziell, ebenso umfangreich und koordiniert dagegen zusteuern, wenn die Politik gegen diese Steuertricks von Unternehmen vorgehen will. Grundsätzlich heißt das, die Europäische Union darf sich nicht nur auf Stückwerk oder den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Staaten verlassen. Um den Steuerwettbewerb in der EU nachhaltig zu beenden, müssen sowohl die Körperschaftssteuersätze angeglichen werden, als auch die Steuereinnahmen durch die Einführung einer EU-weiten gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer gerecht auf die gesamte EU aufgeteilt werden. Die vor kurzem verabschiedete Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktik aus dem Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission, stellt aber genau das dar; sie bringt mit halbherzigen Zinsschrankenregelungen, Wegzugsbesteuerung und anderen klein gedachten Regelungen nur eine geringe Besserung der aktuellen Situation. Die Ausnahmen in der Richtlinie selbst, höhlen deren Wirksamkeit sogleich weiter aus. Statt sich zu Nutze zu machen, dass wir in einem der größten Wirtschaftsräume der Welt leben, und unsere Wirtschaftskraft gegen sinkende Unternehmenssteuern in die Waagschale zu werfen, werden die Staaten der EU von der Richtlinie als Konkurrenten um Steuereinnahmen behandelt. Diese überholte Ansicht muss aufgegeben werden. Deshalb fordern wir, als GRÜNE JUGEND Bayern, die Neutralität der Besteuerung in der Europäischen Union, in vollem Umfang umzusetzen. Der Binnenmarkt sollte endlich einen effizienten Einsatz der Ressourcen sichern und Wettbewerbsverfälschungen verhindern. Die Umsetzung der Steuerneutralität würde bedeuten, dass ökonomische Entscheidungen nicht mehr von der Besteuerung beeinflusst werden. Die entscheidenden Faktoren bei der Ansiedlung von Realinvestitionen sollen allein wirtschaftliche Aspekte unabhängig von der Besteuerung sein. Mit der Forderung der Steuerneutralität geht auch die Forderung der GRÜNEN JUGEND Bayern für eine gesamtwirtschaftliche Steuereffizienz einher. Ökonomische Entscheidungen sollen nicht mehr an die Rahmenbedingungen der Unternehmensbesteuerung der einzelnen Mitgliedstaaten geknüpft sein!

Harmonisierung durch Mindeststeuersatz und GKKB

Steuerneutralität kann nur durch eine Steuerharmonisierung in der EU erreicht werden. Steuerharmonisierung bezeichnet das Konzept, die Steuersysteme verschiedener, oft benachbarter Staaten anzugleichen, um damit einen Steuerwettbewerb zu vermeiden und die Schaffung eines vollständigen Binnenmarktes zu erleichtern. Vor allem in der EU ist die Harmonisierung sehr wichtig, insbesondere wenn es um die Besteuerung großer Unternehmen geht. Bei der Gründung der EU behielten alle Mitgliedsstaaten ihre jeweilige Steuerhoheit aus Furcht vor einem tiefgreifenden Einschnitt in die jeweilige staatliche Souveränität. Aber die Umstände haben sich mittlerweile verändert, die EU ist eine tiefere politische und wirtschaftliche Union als jemals zuvor und durch die gravierenden Unterschiede in den jeweiligen Steuergesetzgebungen, kommt es seit Einführung des freien Binnenmarktes in der EU zu massiven Steuervermeidungstaktiken multinationaler Unternehmen. Die Milliarden die hier am*an der Steuerzahler*in vorbei geschleust werden, müssen in Zukunft im EU-Haushalt landen. Bei einer breitgefächerten Anpassung der Steuergesetzgebung aller Mitgliedstaaten soll nicht nur der finanzielle Aspekt eine Rolle spielen, sondern auch der solidarische Gedanke der europäischen Idee. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb eine umfassende Harmonisierung und Angleichung des Unternehmenssteuerrechts in der Europäischen Union als ersten Schritt gegen aggressive Steuervermeidungstaktiken. Auch wenn es nach dieser Angleichung immer noch möglich ist, Steuern zu vermeiden, zum Beispiel in Steuerparadiesen außerhalb der Zuständigkeit der EU, wird sich die momentane Lage trotzdem erheblich verbessern. Beim Prozess dieser Harmonisierung werden bestehende Schlupflöcher in der EU geschlossen und das Steuerrecht vereinfacht und praktikabler gestaltet. Zum einen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, für die Körperschaftssteuer verbindliche Mindeststeuersätze zu vereinbaren, die nur auf europäischer Ebene geändert werden können. Da das aber nicht ausreichend ist, fordern wir zum andern als Instrument für die Umsetzung der Steuerharmonisierung eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer (GKKB). Dieses Konzept beinhaltet drei Schritten: Als Erstes werden für jede Konzerngesellschaft, nach einheitlichen Regeln, separat die Ergebnisse in den Mitgliedstaaten ermittelt; im zweiten Schritt werden alle Einzelergebnisse in einem konsolidierten EU-weiten Konzernergebnis zusammengefasst; zuletzt wird dieses konsolidierte Konzernergebnis mit Hilfe einer Formel auf die jeweiligen Mitgliedsstaaten aufgeteilt, in denen eine oder mehrere Konzerngesellschaften ihren Sitz haben. Die jeweiligen Staaten wenden dann ihren jeweiligen Steuersatz an. Diese Form der GKKB bevorzugt das Quellenprinzip

vor dem Wohnsitz- bzw. Ansässigkeitsprinzip, da Gewinne dort besteuert werden sollten, wo sie auch tatsächlich erwirtschaftet werden.

Transparenz schaffen - Machenschaften aufdecken

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert des Weiteren, mehr Transparenz bei der öffentlichen Berichterstattung von Großunternehmen, die einen Sitz in der Europäischen Union haben und aller internationaler Unternehmen, die auf dem Europäischen Markt agieren. Wir wollen alle diese Unternehmen dazu verpflichten, jährlich umfassende Berichte zu veröffentlichen. In diesen Berichten muss, nach den einzelnen Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt, dargelegt werden, wo in der EU sie ihre Gewinne erzielen und Steuern bezahlen. Zudem fordern wir, dass alle Gewinne, Steuern und andere Gelder, die aus der EU herausfließen, nicht nur in aggregierter Form veröffentlicht werden, wie von der EU-Kommission gefordert, sondern vollständig und für jedes Land separat; insbesondere Zahlungen in Länder, die die Standards für verantwortungsvolles Handeln der OECD, im Steuerbereich nicht einhalten, auch bekannt als Steuerparadiese. Diese Berichte müssen allen Bürger*innen frei zugänglich gemacht werden, denn als Stakeholder dieser Unternehmen haben sie das Recht darauf, auf diese Informationen zuzugreifen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert weiterhin einen europaweiten Informationsaustausch zwischen den Finanzämtern der Mitgliedstaaten, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. So sollen illegale Aktivitäten schnell aufgedeckt und verhindert werden.

Internationales Steuersystem für einen internationalen Markt - Ein Blick in die Zukunft

Doch an den Grenzen Europas darf die Idee der Steuerfairness nicht enden; um auch die letzte Steueroase auszutrocknen, muss über weitergehende Konzepte nachgedacht werden. Denn natürlich agieren Großkonzerne nicht nur in der Europäischen Union, sondern weltweit. Ideen wie die einer unabhängigen internationalen Steuerbehörde lose an dem Vorbild der WTO orientiert oder ein Modell der globalen Profitverteilung zur Besteuerung müssen weitergedacht werden und in internationalen Organisationen diskutiert und praktikabel weiterentwickelt werden. Auch hier soll der Aspekt der Steuergerechtigkeit im Vordergrund stehen. Ein solcher Prozess braucht Zeit, weshalb wir für eine Übergangszeit zu einer globalen Lösung die Einführung einer "Black List" der Steueroasen fordern, die durch einen Prozess des "naming and shaming" zur Ächtung

Steuervermeidung fördernder Praktiken beitragen soll. Am Ende steht dann hoffentlich eine Welt mit mehr Fairness auf den Märkten und vor allem mehr Geld in den Kassen der Staaten. Geld, das für den Kampf gegen den Klimawandel, den Schutz der Natur und den Hunger in der Welt bitter nötig ist.

Beschlossen von der 39. Landesmitgliederversammlung am 29.10.2017